

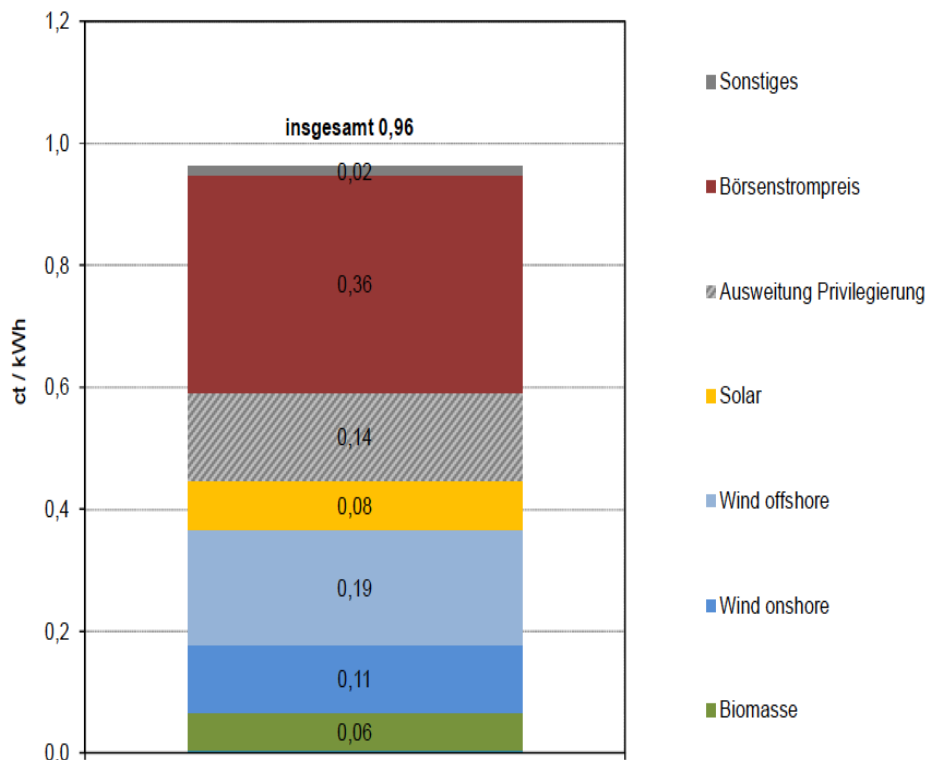
Was steckt hinter dem Strompreis?

Zusammenfassung des Vortrags von Sascha Samadi und Anika Limbach

Sind es wirklich die Erneuerbaren Energien, die den Strompreis in die Höhe treiben? Ist die Energiewende insgesamt zu teuer? Und würden tatsächlich die Lichter ausgehen, wenn wir auf Atomstrom verzichten und auch mit dem Kohleausstieg beginnen würden?

In seinem Vortrag am Freitag, den 28. März hatte Sascha Samadi vom Wuppertal Institut viele Unwahrheiten, die momentan in den Medien herumgeistern, klar widerlegt. Nein, die Energiewende beschert uns mittelfristig keine massive Strompreiserhöhung. Im Gegenteil: Die Vergütungen für grünen Strom werden in den nächsten Jahren nur noch geringfügig steigen. Dann, ab spätestens 2020 werden sie deutlich sinken, jedes Jahr ein wenig mehr – solange, bis Kosten und Ertrag ausgeglichen sind und es ab dem Zeitpunkt billiger sein wird, in Anlagen EE zu investieren als konventionell erzeugten Strom zu nutzen. Wenn wir irgendwann 100 % unseres Stroms sowie auch der Energie für Wärme und Verkehr von den Erneuerbaren beziehen, dann werden wir volkswirtschaftlich gesehen nicht mehr dafür ausgeben als heutzutage. Wenn man die Inflation mit einbezieht, wäre es im Verhältnis sogar weniger als heute. Würde diese Transformation unseres Energiesystems dagegen nicht stattfinden, hätte das nicht nur verheerende Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Menschen, es wäre auch teuer. Die sich fortsetzende Preissteigerung von Kohle, Öl, Gas und Uran würde die Energiekosten auf lange Sicht enorm in die Höhe treiben. Die jetzigen Mehrkosten für die Energiewende sind also nur vorübergehend, sie sind im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt verschwindend gering, sie vermeiden darüber hinaus sowohl Schäden als auch eine ganze Reihe von Folgekosten. Sascha Samadi betonte an dieser Stelle die Nutzaspekte der Energiewende, die in der öffentlichen Diskussion um Kosten und Preise so oft in den Hintergrund gedrängt werden: Die Erneuerbaren vermeiden Treibhausgasemissionen, Luftschadstoffe und zusätzlichen atomaren Müll. Indem sie Atomkraftwerke überflüssig machen, verringern sie erheblich das Risiko eines atomaren Unfalls. Die Stromerzeugung aus Anlagen EE ist insgesamt arbeitsintensiver, weshalb im Zuge der Energiewende in Deutschland 380 000 Arbeitsplätze entstanden. Außerdem hat das EEG in Deutschland eine enorme Technologieentwicklung bewirkt - der Preis von Photovoltaikmodulen z.B. sank jedes Jahr um durchschnittlich 20 Prozent. Nur deshalb ist es nun auch ärmeren Ländern möglich, in großem Umfang Solaranlagen zu installieren.

Gründe für den Anstieg der EEG-Umlage von 2013 auf 2014



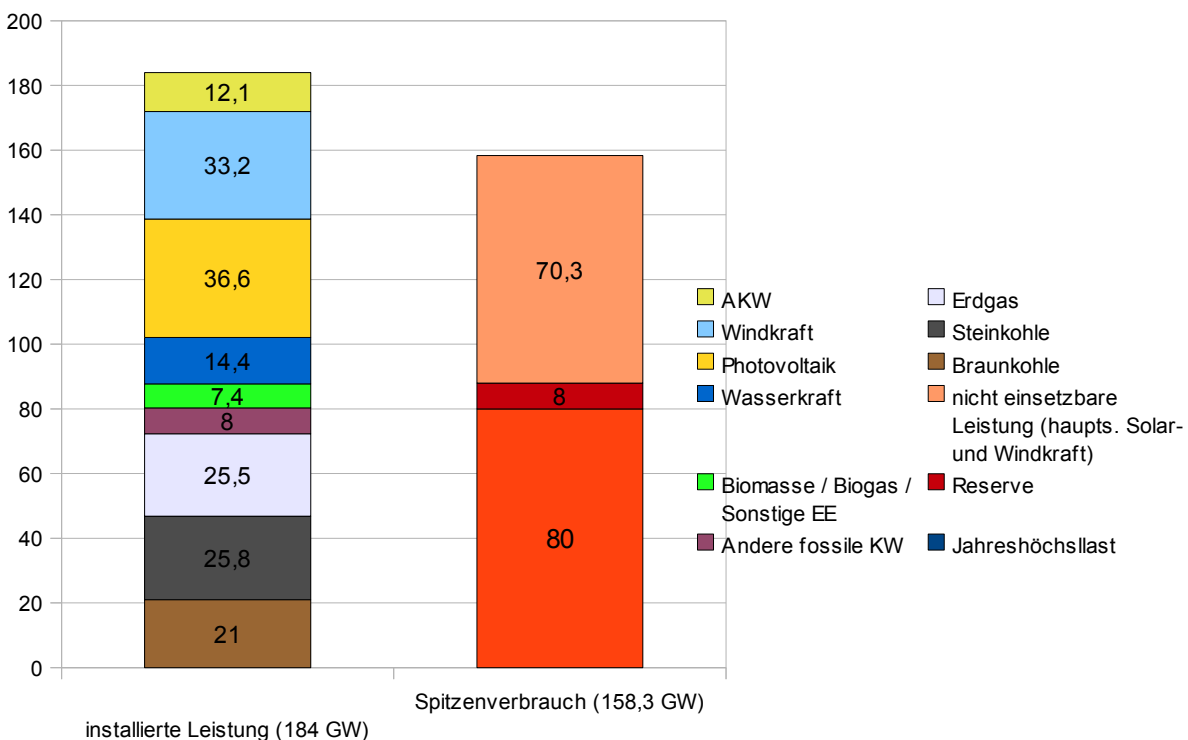
Statt all diese Aspekte mit einzubeziehen, lenken oft die Medien ihren Fokus allein auf die steigende EEG-Umlage. Auf sie geht allerdings nur ein Drittel der Strompreiserhöhung zurück, und betrachtet man die Steigerung der Umlage genauer, so stellt sich heraus, dass nur knapp die Hälfte davon auf den Zubau von Erneuerbaren zurückzuführen ist. Davon wiederum fließt ein recht großer Anteil in die Förderung der umstrittenen Offshore-Windanlagen. Für die andere Hälfte der Umlagensteigerung sind die Industrieprivilegien und indirekt der niedrige Börsenstrom verantwortlich. Letzterer kommt zustande, weil zu viel Strom auf dem deutschen Markt ist.

Mit diesem Aspekt befasste sich auch Anika Limbach in ihrem ergänzenden Referat. Der Kampf um Stromabnehmer nimmt teilweise absurde Formen an. Betreiber konventioneller Kraftwerke können – im Gegensatz zu Besitzern von Solar- und Windkraftanlagen – ihren Grundlaststrom Jahre im Voraus auf dem sog. Terminmarkt verkaufen. Die Verträge sichern ihnen de facto das Recht, diesen Strom auch ins Netz einzuspeisen. Dagegen kommt grüner Strom auf dem Spotmarkt nicht immer zum Zuge oder findet in Extremsituationen nur dann einen Abnehmer, wenn er zu "Negativpreisen" angeboten wird. Der Verlust, der den Stromhändlern dadurch entsteht, wird ihnen aus dem Topf der EEG-Umlage ausgeglichen, d.h er wird von den Verbrauchern gezahlt.

Der Stromüberschuss führt auch dazu, dass die Netze tendentiell überlastet sind, dass Anreize zum Energiesparen zunichte gemacht und ausgerechnet Gaskraftwerke, die wegen ihrer Flexibilität ein Zeil lang noch von Nutzen sind, reihenweise stillgelegt werden.

Wenn es statt dessen den Terminmarkt nicht gäbe, wenn die Regierung eine höhere Brennelementesteuer dauerhaft einführen und wirksamen Klimaschutz betreiben würde, dann würde genau das Richtige und Wünschenswerte passen: Statt der Gaskraftwerke gingen alle AKW und ein Teil der Kohlekraftwerke vom Netz. Dass dies möglich ist, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, zeigte Anika Limbach anhand dieser Graphik zu den stromerzeugenden Kapazitäten auf. (Quelle: Bundesnetzagentur, Febr. 2014)

Die Jahreshöchstlast liegt in Deutschland bei maximal 80 Gigawatt. Da man in solchen Aufstellungen immer von dem Extremfall ausgeht, dass Kraftwerke ausfallen und alle Solar- und Windkraftanlagen kein Strom



liefern können (sie sind abhängig vom Wetter), rechnet man auf der Seite des Verbrauchs eine Reserve und die sog. nicht einsetzbare Leistung hinzu. Abzüglich dieser Summe bleibt auf seiten der installierten Leistung immer noch eine Überkapazität von knapp 26 GW. Die neun AKW (mit einer Leistung von 12,1 GW) könnte man also sofort stilllegen, genauso wie ein Teil der Kohlekraftwerke. Die regional unterschiedliche Verteilung von Kraftwerken fällt dabei kaum ins Gewicht, denn selbst mit dem Abschalten aller vier AKW in Bayern könnte dort ein mögliches, kleines Stromdefizit ohne Weiteres ausgeglichen werden – auch mittels der bestehenden Übertragungsnetze.

Näheres dazu auf www.antiatombonn.de unter dem Button "Sofortausstieg".



Hauptreferent:

Sascha Samadi, Dipl.- Ökonom, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Seit 2008 ist er Doktorand in der Forschungsgruppe "Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen".